

Ein Meer von Plastik

Protestaktion zur BAYER Hauptversammlung

von Jan Pehrke

Immer mehr Plastik-Abfälle gelangen in die Weltmeere, bilden dort riesige Müllteppiche und bedrohen das aquatische Ökosystem. Zu den größten Kunststoff-Produzenten weltweit gehören die deutschen Firmen BASF und BAYER. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren organisierte eine Protestaktion zur BAYER-Hauptversammlung in Köln.



Zwanzig Millionen Tonnen Kunststoff landen jedes Jahr in den Weltmeeren. Allein auf dem Pazifik treibt ein Müllteppich, der mit 3,4 Millionen Quadratkilometern größer ist als Indien. An manchen Stellen findet sich bereits mehr Plastik als Plankton. Da die meisten Kunststoffe auf natürlichem Weg kaum abbaubar sind, gefährden sie die Umwelt über Jahrhunderte hinweg.

Durch die Hinterlassenschaften menschlicher Zivilisation hat sich sogar schon eine neue Gesteinsart gebildet. „Plastiglomere“ nennen Geologen die Gebilde aus Kunststoff, Lava, Korallen-Teilen und Sand, wobei die Plastik-Komponenten oft noch Spuren ihres Vorlebens als Zahnbürste, Besteck oder Schnüre erkennen lassen. Aber nicht nur toter Materie rücken die Industrieprodukte zu Leibe. So wurde an der Südküste Spaniens ein Pottwal angespült, in dessen Magen sich 30 Quadratmeter Kunststoff-Folie, viereinhalb Meter Schlauch, eine Leine, diverse Tüten und ein Kleiderbügel befanden. Schätzungen zufolge sterben jedes Jahr bis zu 100.000 Meeressäuger an

einer solchen Überdosis Plastik. Auch See-Vögel verenden auf diese Weise. In 90 Prozent der Kadaver fanden WissenschaftlerInnen Zivilisationsmüll.

Plastik im Fisch

Eine besondere Bedrohung stellen Kleinst-Partikel dar, die entweder schon winzig in die Meere gelangen oder dort von Wind und Wellen zermahlen werden. Mikroplastik enthält nämlich nicht nur selbst Giftstoffe, es wirkt auch wie ein Magnet auf andere Schadstoffe, da seine wasserabweisende und fettlösliche Oberfläche Polychlorierte Biphenyle (PCB), Pestizide, Medikamenten-Rückstände, Quecksilber, Blei und Chrom anlockt.

Was die Teilchen in Muscheln anrichten, hat die Meeresbiologin Angela Köhler vom Alfred-Wegener-Institut untersucht. Die Kunststoff-Fragmente reichern sich im Magen und in der Leber an, bevor die Zellen sie wieder abstoßen. Erst an ihrem neuen Ort schlagen sie dann so richtig zu. „Die Plastik-Partikelchen lösen im Umgebungsgewebe ganz extreme Entzündungsreaktionen aus. Es kommt zu einer Bildung bindegewebi-

ger Kapseln, um diese Fremdkörper einzuschließen. Die pathologischen Phänomene erinnern uns sehr an das, was man im Menschen als die Anfänge von Asbestosis beschrieben findet“, berichtet die Wissenschaftlerin. Der Ökotoxikologe Stephan Pflugmacher-Lima, der an der Technischen Universität Berlin ebenfalls Muschel-Experimente durchgeführt hat, warnt deshalb: „Mikroplastik stellt auch für den Menschen eine Gefahr dar.“ Zumal Mikroorganismen wie Zoo-Plankton Plastikpartikel aufnehmen und in die marine Nahrungskette einspeisen, von wo aus sie über den Fischfang auch in die menschliche Nahrung geraten.

Klärwerke überfordert

Die Abwasser-Reinigung ist nicht in der Lage, den Eintrag der Substanzen in die Gewässer zu verhindern. Das Alfred-Wegener-Institut überprüfte das gesäuberte Wasser von zwölf Kläranlagen in Norddeutschland und wies darin 86 bis 714 Mikroplastik-Fragmente pro Kubikmeter nach. Dazu kamen dann noch 98 bis 1.479 Kunststofffaser-Reste, die meistens von Fleece-Pullovern herührten. Nur Klärwerke, die über Tuchfilter verfügen, können die Einträge weitgehend stoppen.

Zu allem Übel gelangen die Kunststoffe nicht nur in die Gewässer. Der bei den Reinigungsprozessen anfallende Klärschlamm absorbiert ebenfalls Mikroplastik – und gibt es in seinem späteren Leben als Brennstoff oder Dünger auch nicht zu knapp wieder ab. Dies hat Konsequenzen für die menschliche Ernährung: In Bier, Milch, Mineralwasser und Honig stießen Wissenschaftler bereits auf Kunststoff-Spuren. Die meisten Rückstände finden sich allerdings in Fischen, denn die Ozeane müssen Unmengen von Mikro- und Makroplastik aufnehmen und haben schwer daran zu schlucken – der Abbau-Prozess kann bis zu 500 Jahre dauern. Die US-amerikanische Umweltingenieurin Jenna Jambeck und ihr Team haben die in Küstennähe eingeleiteten Frachten näher untersucht und taxieren die jährlich in die Meere fließenden Abfälle auf bis zu 12,7 Millionen Tonnen. Nach Berechnungen der UN-Umweltagentur UNEP tummeln sich dort in toto schon 142 Millionen Tonnen Kunststoffe. Der Bundesregierung zufolge haben diese chemischen Substanzen am gesamten Meeresmüll-Aufkommen einen Anteil von 75 Prozent. „Wenn wir uns den marinen Bereich anschauen, dann geht das dort, denke ich mal, schon in Richtung Desaster“, so Stephan Pflugmacher.

Mikroplastik von BAYER

Ein Großteil der Plastik-Abfälle gelangte erst in den letzten Jahrzehnten in die Gewässer. Betrug die globale Jahresproduktion Mitte der 1950er Jahre noch ca. 1,5 Millionen Tonnen, stellen die Konzerne jetzt bereits 280 Millionen Tonnen her. Deutsche Firmen wie BAYER und BASF leisten einen gehörigen Beitrag zu diesem Kunststoff-Berg. Bei Polycarbonaten, die unter anderem in Trinkflaschen verwendet werden, Folien, TDI (Matratzen, Autositze) und MDI (Hartschaum, Dämmstoffe) gehören sie zu den weltweit größten Herstellern. Die Firma BAYER hat zudem Mikroplastik im Angebot. So hält das Unternehmen für die Kosmetik-Industrie Produkte der BAYCUSAN-Reihe bereit. In Haarpflege- und Haarstyling-Mitteln, Lotionen, Sonnen- und Hautcremes, Wimperntusche und anderen Schmink-Utensilien kommen Polyurethane zum Einsatz – früher wurden hierfür schlicht zerkleinerte Fruchtkerne verwendet. Polyurethane-32 etwa soll dafür sorgen, dass sich Gesichtsmasken besser ablösen lassen. Polyurethane-34 und Polyurethane-48 versprechen laut BAYER exzellenten Locken-Halt sowie hohen Glanz, während das Polyurethan-35 den Kosmetika angeblich „ein natürliches Hautgefühl“ verleiht. Der Leverkusener Multi hat den Schönheitsmarkt erst vor relativ kurzer Zeit entdeckt, sich aber zum Ziel gesetzt, in diesem Jahr die Top-Position bei den Mikroplastik-Zulieferern einzunehmen. „Wir wollen uns bis 2015 den Hauptanteil der PUR-Technologie sichern. Als Newcomer muss man in dieser hart umkämpften Branche forscht auf-treten“, hieß es zum Produktionsstart von BAYCUSAN.

Politik bleibt untätig

Von Seiten der Politik haben die Produzenten nicht viel zu befürchten. CDU und SPD bekennen im Koalitionsvertrag zwar: „Wir werden die EU-Kommission beim Kampf gegen die Vermüllung der Meere unterstützen, insbesondere beim Vorgehen gegen Plastik-Einträge“, aber wehtun möchten sie den Unternehmen dabei nicht. Als die Grünen in einer kleinen Anfrage wissen wollten, welchen Beitrag die Kunststoff-Industrie leisten müsse, um das von der EU formulierte Ziel einer Abfall-Reduktion erreichen zu können, blieben CDU und SPD eine Antwort schuldig.

Die Kosmetik-Industrie will Berlin ebenfalls nicht in die Pflicht nehmen. Zwar wird das Problem nicht geleg-

net: Auf Anfrage heißt es, dass „die Bundesregierung Umweltbelastungen, ggf. auch irreversible, durch die in Kosmetikprodukten verwendeten Mikroplastikpartikel nicht ausschließen“ könne. Gesetzliche Maßnahmen sind jedoch nicht geplant. Stattdessen beabsichtigen Merkel & Co., die Hersteller in einem Dialog zu einem freiwilligen Verzicht auf die umstrittenen Substanzen zu bewegen. Das Übrige regelt aus ihrer Sicht das Kreislaufwirtschaftsgesetz mit seinen Recycling-Vorschriften. Ein Rückbau der Plastikwelt, Müll-Vermeidung oder wenigstens eine Vorschrift zur Ausstattung von Klärwerken mit Tuchfiltern stehen nicht auf der Agenda. Der einzige Sektor, der sich unter Schwarz-Rot auf neue Regularien einstellen muss, ist die Landwirtschaft. Hier planen die beiden Parteien, das Düngen mit Klärschlamm zu verbieten. Ansonsten verweisen sie auf ihre Mitwirkung an den Meeres-Abkommen „Ospar“ und „Helcom“. In deren Rahmen haben die Länder zwar schon Aktionspläne verabschiedet, aber rechtlich verbindliche Vorschriften enthalten die Schriftstücke nicht. Zum Mikroplastik-Eintrag in die Meere heißt es darin vage, er „soll verhindert werden“. Die Reinigung von Stränden, des Meereswassers und des Meeresbodens ist gar nur „angedacht“.

Protest zur BAYER-HV

Mikroplastik made by BAYER findet sich in vielen Meeren wieder. Dort treiben die Partikel zusammen mit zerriebenen Reifen, Fleece-Pullovern, Fischernetzen, Zahnpasten und Seifen ihr Unwesen. Neue Anlagen von BAYER, wie die im Januar eröffnete TDI-Produktion, zementieren den Status Quo über Jahrzehnte hinweg.

Zur Hauptversammlung des Konzerns Ende Mai forderte die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) daher, den Vorstand wegen mangelnder Initiativen zum Schutz der Meere nicht zu entlasten. Zudem wurden die Aktivistinnen und Aktionäre mit einem „Meer“ aus blauen Stoffbahnen mit darauf schwimmendem Kunststoffmüll begrüßt.

Philipp Mimkes vom Vorstand der CBG: „Der BAYER-Konzern hat die Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe und biologisch abbaubare Endprodukte verschlafen. BAYER ist daher für die wachsende Belastung der Gewässer mit Plastikmüll mitverantwortlich.“ Im aktuellen Geschäftsbericht hatte das Unternehmen einräumen müssen, dass „der Einsatz nachwachsender Rohstoffe

bei BAYER noch eine untergeordnete Rolle" spiele. Auch der Anteil erneuerbarer Energien lag im vergangenen Geschäftsjahr bei unter einem Prozent. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren fordert Maßnahmen, um die Gefahr einzudämmen: Kunststoffe müssen so weit wie möglich durch biologisch abbaubare Stoffe ersetzt werden, der Verkauf von Mikroplastik muss eingestellt werden. Zudem müssen Verbraucherinnen und Verbraucher das Recht erhalten, alle Inhaltsstoffe von Plastikprodukten zu erfahren. BAYER-Chef Marijn Dekkers bestritt in der Hauptversammlung, dass der Konzern Mikroplastik vertreibt. Hierzu erneuert Philipp Mimkes: „Kunststoffe, die auf natürlichem Weg nicht abbaubar sind, haben in Kosmetika und Reinigungsmitteln schlichtweg nichts verlor-

ren. Anstatt zu diskutieren, ab welcher Partikelgröße man von „Mikroplastik“ spricht, sollte BAYER lieber wirksame Schritte zum Schutz der Meere einleiten.“

Chemie-Wende notwendig

Selbst die G7 fordern inzwischen den Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Die Kunststoffproduktion von BASF und BAYER hingegen basiert noch immer zu über 90% auf Kohle, Öl und Gas. Doch ob die Konzerne wollen oder nicht: über kurz oder lang wird es (analog zur Energie-Wende) auch zu einer Chemie-Wende kommen. Zum einen wegen des Klimaschutzes, zum anderen wegen der schwindenden Rohstoff-Vorräte. Zumal schon heute Dämmstoffe, Polymere, Lacke und Textilfasern in hoher Qualität aus nachwachsenden und biologisch

abbaubaren Rohstoffen hergestellt werden können.

Geschieht hingegen nichts, so dürfte „die neueste globale Gefahr unserer Zeit“, als die der Ozeanograf Charles Moore die Kunststoff-Belastung der Weltmeere bezeichnet, kaum zu bannen sein. Zu hoffen ist auf Entstehung einer breiten Gegenbewegung, wie es sie Anfang der 1980er Jahre schon einmal gab. Die spektakulären Aktionen gegen die Verklappung von Dünnsäure in der Nordsee, an denen sich damals neben Greenpeace auch die Coordination gegen BAYER-Gefahren beteiligte, führten schließlich dazu, BAYER & Co. diesen Entsorgungsweg zu untersagen.

Mehr Infos unter www.CBGnetwork.org

Agrar Koordination weist Aktionärinnen und Aktionäre auf die Gefahren von Totalherbiziden hin

Auf Einladung der Coordination gegen BAYER-Gefahren war Julia Sievers-Langer, die Koordinatorin unserer Kampagne „Roundup & Co - Unterschätzte Gefahren“, bei der BAYER-Hauptversammlung vertreten und hat dort in einer Rede auf die Gefahren der Herbizide Glyphosat und Glufosinat aufmerksam gemacht. Um die Rede halten zu können, wurden ihr von einem BAYER-Aktionär die Stimmrechte übertragen. Die kritischen Fragen an den BAYER-Vorstand wurden vom Vorstandsvorsitzenden Marijn Dekkers nur teilweise und ausweichend beantwortet. Doch die Rückmeldungen aus dem Publikum zeigten, dass die Rede einige der Anwesenden „bewegt“ hat - das machte auch ein Gespräch mit einem langjährigen BAYER-Mitarbeiter deutlich. Etwa 2500 Aktionäre und Aktionärinnen waren während der Hauptversammlung anwesend. Dies war ihre Rede:

Sehr geehrter Vorstand, sehr geehrter Aufsichtsrat, sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, mein Name ist Julia Sievers-Langer. Ich vertrete hier die Agrar Koordination. Die Agrar Koordination setzt sich für eine Landwirtschaft ein, die die Ernährung aller Menschen weltweit sichert, ohne auf Kosten von Umwelt und Gesundheit zu gehen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit heute auf zwei Herbizide lenken, die von BAYER vermarktet werden: Glyphosat und Glufosinat. Sie haben eins gemeinsam mit vielen anderen Pestiziden: sie sind offenbar doch nicht so harmlos wie jahrelang von BAYER und anderen propagiert wurde. Glyphosat ist das weltweit meistverkaufte Pestizid. Zu einem stark steigenden Glyphosateinsatz kam es v.a. durch die Ausbreitung glyphosatresistenter Pflanzen, die mithilfe der Gentechnik extra dafür geschaffen wurden, das Bespritzen mit dem ansonsten alle anderen Pflanzen tötenden Herbizid zu vertragen. Auch BAYER vermarktet derartige gentechnisch veränderte Pflanzen. Wie einige von Ihnen sicher wissen, soll noch in diesem Jahr über die weit-

ere Zulassung von Glyphosat auf dem EU-Markt entschieden werden. Unbegreiflicherweise hat sich das Bundesinstitut für Risikobewertung (kurz BfR), das für die humantoxische Risikobewertung von Glyphosat zuständig ist, dem Urteil der Glyphosat-produzierenden Unternehmen angeschlossen und eine Neuzulassung empfohlen. Die Behauptung, Glyphosat sei nicht humantoxisch, steht im Widerspruch zu Ergebnissen zahlreicher wissenschaftlicher Studien, die darauf hinweisen, dass Glyphosat krebserregend ist, Missbildungen verursacht, die Fruchtbarkeit schädigen und einige weitere gravierende Gesundheitsschäden verursachen kann. Die Mitglieder der Glyphosat Task Force - ein Zusammenschluss Glyphosat-produzierender Unternehmen, die den Antrag auf Neuzulassung gestellt hat - werden sicher sehr zufrieden sein, dass das BfR ihre Angaben weitgehend kritiklos übernommen hat und dabei offenbar auch eindeutige Fehler und wissenschaftlich zweifelhafte Argumente hat durchgehen lassen.

Sehr geehrter Vorstand, obwohl BAYER nicht Mitglied dieser Task Force ist,

haben Sie sicherlich auch ein hohes Interesse daran, Glyphosat weiter verkaufen zu können. Gerne würde ich von Ihnen erfahren, wieviel Ihnen die Neuzulassung wert ist. Wieviel Umsatz macht BAYER jährlich mit glyphosathaltigen Pestiziden und glyphosatresistenten Pflanzen - in Deutschland und weltweit? Was haben Sie für eine Neuzulassung von Glyphosat unternommen? Möglicherweise sind Ihre direkten Arbeitsbeziehungen zum BfR nützlich gewesen?

Bitte informieren Sie uns, welche Ziele Sie mit der Mitgliedschaft Ihres Mitarbeiters Dr. Frank Pierre Laporte in der BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände verfolgen. Laut einem mir vorliegenden Protokoll erwartet das BfR von dieser Kommission „fachliche Beratung, konzeptionelle Unterstützung und kritische Begleitung bei der Bewertung von Pflanzenschutzmitteln und ihren Rückständen hinsichtlich Toxikologie, Rückstandsverhalten und Exposition“. Sehr geehrter Vorstand, können Sie mir Beispiele nennen, wie Sie erfolgreich im Sinne der Geschäftsinteressen von BAYER auf Aspekte der behördli-

chen Risikobewertung Einfluss genommen haben? Die behördliche Risikobewertung im Fall von Glyphosat steht derzeit zu Recht massiv in der Kritik, wie auch die Studie „Roundup & Co - Unterschätzte Gefahren“ näher erläutert. Es gibt genug wissenschaftliche Hinweise, die ein Verbot von Glyphosat notwendig machen. Das bestätigt auch die Einschätzung der Krebsforschungsinstitution der WHO, die Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ einstuft.

Selbst wenn es keine hundertprozentige Sicherheit gibt, muss das Vorsorgeprinzip beachtet werden! Besonders gravierend sind die gesundheitlichen Auswirkungen von Glyphosat-Produkten in Südamerika. In Argentinien haben sich die Zahlen der Missbildungen und der Krebsfälle bei Kindern im Umfeld gentechnisch veränderter Soja-plantagen in den letzten Jahren verdreifacht. Ärzte und Wissenschaftler bringen das mit dem stark gestiegenen Glyphosat-Einsatz in Verbindung. Sie konnten nachweisen, dass die Gesundheitsfolgen umso häufiger und schlimmer sind, je näher die Betroffenen an Glyphosat-bespritzten Plantagen wohnen.

Es ist fahrlässig, diese statistischen Fakten zu ignorieren. Möglicherweise ist es auch das von BAYER vermarktete Glufosinat, das für die gehäuften Missbildungen und Fehlgeburten in Südamerika mitverantwortlich ist. Im Fall von Glufosinat wird bereits von Seiten der EU bestätigt, dass durch den Wirkstoff ein hohes Risiko ausgehe. Glufosinat kann Missbildungen

bei Föten verursachen und ist als reproduktionstoxisch klassifiziert. Es ist ein politischer Skandal, dass Glufosinat trotz dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse weiterhin in der EU zugelassen bleibt, nach aktuellem Stand bis Ende September 2017.

Sehr geehrter Vorstand, meiner Meinung nach ist es ein moralischer Skandal, dass Sie als Hersteller Glufosinat noch immer nicht vom Markt genommen haben, sondern im Gegenteil sich das Ziel gesetzt haben, die Produktion von Glufosinat weltweit zu verdoppeln. Und Sie schreiben auf eine Anfrage der Agrar Koordination, dass Sie überzeugt seien, „gute Argumente für eine Wiederzulassung des Wirkstoffs zu haben“. Sagen Sie uns doch bitte, was das für Argumente sind angesichts der bestätigten massiven Gesundheitsgefahren? Welche Argumente können schwerer wiegen als die Verpflichtung, die Entstehung von Missbildungen bei Embryos als Folge des Glufosinat-Einsatzes zu verhindern?

Ihre Beteuerung, dass Glufosinat bei „verantwortungsvoller und vorschriftsmäßiger Anwendung“ sicher für Mensch und Umwelt sei, ist wenig überzeugend - gerade wenn man an den Einsatz von Pestiziden unter Armutbedingungen in Afrika, Asien und Südamerika denkt. Dort werden oft selbst minimale Schutzvorkehrungen nicht eingehalten und die Anwender werden nicht angemessen über Risiken und Anwendungsbestimmungen aufgeklärt, was auch in die Verantwortung derjenigen fällt, die die Pestizide herstellen und vertreiben. Angesichts des in einigen Ländern ver-

breiteten Spritzens per Flugzeug, ist die ländliche Bevölkerung den Pestiziden besonders schutzlos ausgeliefert.

Ihr Ziel ist es, die Glufosinatproduktion zu verdoppeln. Bitte berichten Sie uns davon, was bisher aus diesem Ziel geworden ist - insbesondere im Hinblick auf den Glufosinatvertrieb in Asien, Afrika und Südamerika, wo viele Menschen durch Pestizidanwendungen besonders gefährdet werden.

Bitte teilen Sie uns auch mit, inwiefern Sie Ihre Mitarbeit in Programmen der Entwicklungszusammenarbeit unserer Regierung strategisch nutzen, um dieses Ziel zu verwirklichen. Meines Wissens wird zum Beispiel in Projekten der German Food Partnership der Einsatz von Pestiziden im Rahmen von Trainings und Beratungsmaßnahmen thematisiert. Welche Rolle spielt BAYER dabei bzw. die von BAYER vermarkteten Pestizide? Nutzen Sie Ihre Mitarbeit in der German Food Partnership, um Glufosinat, Glyphosat und Ihre anderen Pestizide zu vermarkten?

Sehr geehrter Vorstand, sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss möchte ich Ihnen eine persönliche Frage stellen: trifft es Sie, was Sie eben gehört haben? Auch wenn Sie das Gehörte nicht betroffen macht, sind Sie bereits persönlich von den Gefahren der von BAYER vermarkteten Pestizide betroffen. Denn die Rückstände von Glyphosat und Glufosinat landen auch auf Ihren Tellern. Es sollte also auch in Ihrem gesundheitlichen Eigeninteresse sein: Setzen Sie sich in Ihrem Einflussbereich dafür ein, dass Bayer die Produktion von Glyphosat und Glufosinat einstellt!

Meldungen

Bauer macht Schule

Unser Jugendbildungsprojekt Biopoli hat im elften Jahr seines Bestehens ein neues Angebot. In einigen Bundesländern (insbesondere Schleswig-Holstein und Hamburg, im Sauerland und im südlichen Niedersachsen) besteht nun auch

die Möglichkeit mit LandwirtInnen direkt auf ihrem Hof zu sprechen. Hierzu laden Sie 8 LandwirtInnen im Rahmen des Angebots „Bauer macht Schule“ auf ihren Bauernhof ein und zeigen auf mit Herausforderungen aber auch Möglichkeiten Landwirte heutzutage kämpfen müssen. Je nach Betrieb, liegt der Schwerpunkt entweder auf Direkt-

vermarktung, Permakultur, Solidarische Landwirtschaft, ökologischer Landbau oder Forschung.

Genaueres zu diesem Angebot und ob sich ein Bauernhof in Ihrer Nähe liegt, finden Sie auf unserer Internetseite.

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland.

Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Witern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank (BLZ 430 609 67) Konto 2029563500

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6

